

Was halten Sie von einer Regierungsbeilegung Hitlers? Antwort der Deutschen in Polen an Jaleski.

Die Antwort der Nationalsozialisten.

Berlin, 20. Dez. Zu der kürzlich angeschnittenen Frage einer etwaigen Regierungsbeilegung Hitlers schreibt der „Dtl. Beob.“ u. a.: In verschlungenen Gemäthern herrscht eine immer heftigere Aufregung, da man die kommende unvermeidliche Abrechnung deutlich herannahen sieht. Daher jetzt verschiedene Bemühungen, die „Hitler-Partei“ einzufügen etwa in die sogenannte „nationale Front“ (so als zweitletzte) oder sie vernunftgemäß zu leiten und was dergleichen Ausdrücke für die Bemühungen, uns unschädlich zu machen, mehr sind. Da wir unbefangenen sind, das Wohl der deutschen Gesamtheit im Auge zu haben, so werden wir jeden Ratsschlag prüfen, jeden guten Rat beherzigen, gleich, von welcher deutschen Persönlichkeit er stammt. Aber mit dem „Einfügen“ und mit dem „Beteiligen“ ist es vorüber. Gewisse Leute und Gruppen meinen noch immer, sie müßten regieren, wenn es mit rechts nicht ginge, so eben mit links. Diesen sagen wir, Druckfehler zu korrigieren ist mit einer Sendung der NSDAP. Denn diese Herren müssen gar nicht regieren, vielmehr sind sie schon lange abbaureif, ja mehr als das. Es steht für die Zukunft nicht zur Debatte, ob man Hitler sich mitbeteiligen lasse oder mit wem Hitler einst regieren wird, also genau mit umgekehrt verteilten Rollen. Deshalb kommt auch eine Koalition auf Grund des jetzigen Reichstages nicht mehr in Frage. Die Herren wollten im Herbst nicht, in der Hoffnung, die „nationalsozialistische Fieberkurve“ würde wieder zurückgehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die nationalsozialistische Gesundungskurve ist weiter im Ansteigen. Wir fordern deshalb als erste Tat des Jahres 1931 die Auflösung des Reichstages und des Preussischen Landtages.

Schüsse auf Nationalsozialisten.

Berlin, 20. Dez. Auf ein Lokal in der Wiener Straße, in welchem sich Nationalsozialisten zu einer Weihnachtsveranstaltung eingefunden hatten, wurden heute abend von etwa 15-20 jugendlichen Burischen mehrere Schüsse abgegeben und auch einige geworfen. Einer herbeigeeilten Polizeistreife gelang es, einen der Täter festzunehmen, während die übrigen flüchteten. Auf dem Transport des Verhafteten wurden die Beamten von einigen der Burischen verfolgt. Kurz vor dem Eintreffen auf dem Polizeirevier erhielt einer der Beamten einen Beckenstich, der seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machte.

Der Zank in der Wirtschaftspartei.

Ausschluß Colossers und Dannenbergs beantragt.

Berlin, 20. Dez. Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei des Mittelstandes (Wirtschaftspartei) tagte am Montag unter dem Vorsitz des Vorstandsmitgliedes Freidel-Silbesheim. Er beschäftigte sich nochmals eingehend mit den Anschuldingen gegen den Parteivorsitzenden Dre-wik. Es wurde beschlossen, das Parteischiedsgericht anzurufen und bei diesem zu beantragen, die Parteimitglieder Colosser und Dannenberg aus der Partei auszuschließen. Weiter soll der Reichsausschuß am 4. Januar nach Berlin einberufen werden. Der Parteivorsitzende Dre-wik sah sich veranlaßt, auf Grund der erneut gegen ihn gerichteten Angriffe in der Presse, die der Vorstand nach Prüfung der Verhältnisse als völlig unberechtigt ansieht, von der Ausübung seines Vorstandsamtes bis zum Spruch des Schiedsgerichtes Abstand zu nehmen.

Im einzelnen erklärte der Abg. Dre-wik einem Nachrichtenbüro zu dem Inhalt der Denkschrift Colossers, daß die darin enthaltenen Vorwürfe unwahr seien. Er hätte gar nichts mit der Parteikasse zu tun und bekäme keine Gelder von der Partei in die Hände. Er sei auch gar nicht geldanspruchsberechtigt für die Parteikasse gewesen, sondern nur der Generalsekretär der Partei und der Kassierer. Im übrigen hätte der Prüfungsausschuß der Partei bereits alle Vorwürfe zurückgenommen, worauf die Denkschrift eingegangen worden sei. Man hätte sich dann dahin geeinigt, daß Colosser weiterhin im Einvernehmen mit dem Parteivorstand, aber nicht mehr, wie bisher selbständig, die Mittelstandsezeitung herauszugeben sollte (in der Angriffe u. a. gegen die Beamten erschienen waren, die der Parteiführer nicht bekennte). Colosser hätte aber nachträglich seine Zustimmung zu diesem Beschluß wieder zurückgezogen, worauf der Parteiausschuß, dem 20 Personen aus allen Teilen des Reiches angehören, beschlossen habe, die Zeitungsgesellschaft aufzulösen und Colosser als Geschäftsführer abzuberufen. Dre-wik meint, daß sich vielleicht hieraus der neuerliche Vorstoß Colossers erkläre. Weiterhin bestritt Dre-wik, seinem Schwiegervater oder sich selbst zu einem Wohnungsbauplan Kredit aus der Mittelstandsbank verschafft zu haben. Er sagt, die Mittelstandsbank sei keine Parteibank; im Aufsichtsrat wären vielmehr auch Deutsch-nationale. Awar befände sich unter den tausenden Kreditnehmern der Mittelstandsbank auch sein Schwiegervater; er hätte aber nicht 40.000, sondern nur 6000 Mark Kredit erhalten, auch sei das Bestium seines Schwiegervaters nicht zwangsverpfändet. Wichtig sei dagegen, daß Colosser selbst bei der Mittelstandsbank einen Kredit von 28.000 Mark entnommen habe, obwohl er selbst Vorstand der Schöneberger Bank sei. Diesen Kredit habe Colosser erst jetzt abgedeckt.

Eine neue deutsche Note an den Völkerbund.

Genf, 20. Dez. Im Völkerbundsekretariat ist eine kurze Note der deutschen Regierung eingegangen, die auf die Tagesordnung des Europakomitees am 16. Januar Bezug nimmt, in der erneut der Standpunkt vertreten wird, daß an den Arbeiten des Studienkomitees für die Europäische Union auch die europäischen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, Rußland und die Türkei, beteiligt werden sollen. Die Januartagung des Komitees wird also über diese Frage, die bis jetzt offen gelassen worden ist, zu entscheiden haben.

Nationalsozialistische Anfragen.

Berlin, 20. Dez. Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage Kube (Naisos) eingegangen: „Am 18. Febr. veranstaltete der der Sozialdemokratischen Partei neuerdings nahegelegene kaiserliche Kapitänleutnant a. D. v. Müde im Berliner Sportpalast zu hohen Eintrittspreisen einen Vortrag gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Zu diesem Vortrag sind, wie mir von verschiedenen Seiten aus dem Polizeipräsidium, aus Schupoakademien sowie aus Polizeirevierern mitgeteilt worden ist, kostenlose Eintrittskarten verteilt worden. Ich frage das Staatsministerium: 1. Wer hat die an Berliner Polizeibeamte kostenlos verteilten Eintrittskarten zur Müde-Veranstaltung bezahlt? 2. In welchem Dienstverhältnis steht Herr v. Müde zur Berliner Polizei oder überhaupt zum preussischen Staat? 3. Welche preussischen Mittel werden für weitere Vorträge des Herrn v. Müde zur Verfügung gestellt?“

Warenhaussteuer in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Dez. Der Landtag trat noch einmal im alten Jahr zusammen, um über die auf nationalsozialistischen Vorschlag eingebrachte Steuerreform über die Warenhaus- und Filialsteuer abzustimmen. Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen die Vorlage aus. Die Abgeordneten der bürgerlichen Einzelparteien stimmten für den Antrag, der mit 300 v. S. Zuschlag zur Gewerbesteuer für die Warenhäuser und 150 v. S. Zuschlag zur Gewerbesteuer für die Filialbetriebe angenommen wurde.

Radikale Bauernbewegung in Bayern.

München, 20. Dez. In Silbhanern, im Innal, im Chiemgau, im Wangsalgau und in den angrenzenden Gebieten ist eine neue radikale Bauernbewegung unter Führung des Bayern-Altenburger aus Denkmens entstanden, die bereits starken Anhang in kleindauerlichen Kreisen gefunden hat. Die Parole ist: „die biederliche Landesorganisationen in Händen politischer Parteien haben verlagert. Es kann nicht mehr so weiter gehen. Wir greifen zur Selbsthilfe, um nicht Haus und Hof zu verlieren.“ In Rosenheim, Miling und Miesbach fanden große Kundgebungen der neuen Bewegung statt. Zahlreiche Diskussionsredner traten für die neue Bewegung ein und erklärten, die Bauernbewegung wäre der Rotfahne eines zu Tode getroffenen Standes. Komme keine Hilfe, dann sei der Zusammenbruch unaufhaltbar. Die Schußworte seien viel zu spät gekommen.

Der Lohnabbau.

Ergebnislose Verhandlungen in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Halle, 20. Dez. Die Vorverhandlungen über den von dem mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Metallindustrie geforderten Lohnabbau von 15 Prozent und Einführung von Ortstarifen für das Tarifgebiet Halle, Magdeburg und Anhalt sind heute ergebnislos abgebrochen worden. Am 6. Januar tritt eine Schlichterkammer zur Fällung eines Schiedspruches zusammen.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 20. Dez. Gestern begannen die Schlichtungsverhandlungen über das Lohnabkommen im Ruhrbergbau, das vom Rednerverband zum 31. Dezbr. dieses Jahres gefälligst werden soll. Bekanntlich fordert der Rednerverband unter Hinweis auf die am 1. Dezember 1930 eintretende Kohlenersatzung und auf die Notwendigkeit der Kostenentlastung im Ruhrbergbau eine Lohnherabsetzung um 12 v. S. während die Gewerkschaften je nach Lohnherabsetzung ablehnen. Am späten Abend wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Rückführung der rheinisch-westfälischen Straßenbahnangehörigen.

Recklinghausen, 20. Dez. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurde am 27. November 1930 vom Schlichter in Dortmund ein Schiedspruch gefällt, der den am 30. November ablaufenden Lohnvertrag im Bereich des Arbeitgeberverbandes rheinisch-westfälischer Straßenbahnen wieder in Kraft setzte und ab 1. Januar 1931 eine Lohnentlastung von sechs Prozent vorsah. Der Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Da die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitsklärung bisher nicht ausgearbeitet worden ist, haben die Arbeitgeber den Arbeitnehmern gekündigt.

Dämmernde Erkenntnis.

Cord Cecil über Abrüstung.

London, 20. Dez. Cord Cecil sprach heute im Rundfunk über das Abrüstungsproblem. Er betonte, daß die Zukunft unserer Zivilisation unter Umständen davon abhängig sein könne, ob die kommende internationale Abrüstungskonferenz zum Erfolg führe. Die Konferenz müsse zu einer internationalen Vereinbarung kommen. Die internationale Abrüstung gehört zu unseren wichtigsten nationalen Interessen. Wir haben nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen die Verpflichtung übernommen, die Rüstungen der Weltkriege herabzusetzen und zu begrenzen als Ergänzung zu der Abrüstung, die wir unseren früheren Gegnern zur Pflicht gemacht haben. Wir werden jedes Vertrauen in internationale Verpflichtungen verlieren, wenn wir das, was wir versprochen haben, nicht erfüllen. Dabei ist es in meinen Augen von sekundärer Bedeutung, daß wir in diesem Fall auch nichts zu antworten haben würden, wenn unsere früheren Gegner mit der Forderung an uns herantreten, wieder aufzurücken zu können. Gewisse Nationen werden, so erklärte Cecil weiter, vielleicht auf der Abrüstungskonferenz die Frage an uns richten: „Wenn wir nun abrüsten und angegriffen werden sollten, werdet ihr uns zu Hilfe kommen?“ Wenn wir den Frieden durch Abrüstung wollen, so müssen wir auch bereit sein, jedes notwendige Opfer zu bringen, um uns die unendliche Wohltat des Friedens zu sichern.

Rattamh, 20. Dez. Heute nehmen auch die deutschen Winderheitsblätter ausführlich zu der polnischen Stimmungsmache in Pariser Blättern Stellung. So schreibt die Rattowitzer Zeitung: Ein Versuch, diese falschen und zur Irreführung der öffentlichen Meinung bestimmten Informationen der französischen Presse festzustellen, dürfte wenig Aussicht auf Erfolg haben, da es den Pariser Blättern offenbar garnicht auf die Erforschung der Wahrheit ankommt. Es bleibt deshalb nur die Hoffnung, daß schließlich nicht die zur Stimmungsmache bestimmten Auslassungen der Pariser Presse den Ausschlag bei den Genfer Verhandlungen geben werden, sondern die sachliche und gerechte Prüfung der deutschen Beschwerden über den Gesamtkomplex jener Vorfälle, die Herr Jaleski als den „natürlichen Prozeß der Entgermanisierung“ bezeichnet. Schon jetzt aber muß noch einmal mit Entschiedenheit der Versuch zurückgewiesen werden, aus einer reinen Rechtsfrage eine machtpolitische Disfussion zu machen. Worum die deutsche Winderheit und ihre vertraglich berufenen Sachwalter in Genf kämpfen, das ist ihr verdrissenes Recht und hat nichts zu tun mit angeblichen „ehrigeligen Plänen“, die den Leitern der deutschen Politik von der chauvinistischen französischen Presse unterstellt werden, um die Basis der Genfer Verhandlungen über die Beschwerden der deutschen Winderheit von vornherein zu vernebeln. — Der Oberschlesische Kurier schreibt: Herr Jaleski streitet also die Terrorakte gegenüber Angehörigen der deutschen Winderheit ab, obwohl ihm der Präsident der Gemischten Kommission, Herr Calonder, bei seinem Waidhauer Besuch aus eigener Anschauung gesagt haben dürfte, daß solche Tatbestände in Oberschlesien während der Waidhauer Besuche bei den kommenden Auseinandersetzungen im Völkerbundrat auf allerlei gefaßt werden. Es wird wohl in Genf diesmal eine Sprache geführt werden müssen, die sonst in der Genfer Atmosphäre nicht üblich ist, denn das Wort von „normalen Entnationalisierungsprozessen“ könnte sonst in Genf Schule machen. Es könnte sogar dazu mißbraucht werden, einen an sich zweifellos idealen Zustand sozusagen zu legalisieren. Demgegenüber möchten wir mit aller Entschiedenheit betonen, daß es Aufgabe unserer Sachwalter im Völkerbundrat sein wird, die Verletzung der eingegangenen Verträge festzustellen. Der Völkerbundrat hat ja schließlich nicht die politischen Streitfragen, sondern nur darüber zu entscheiden, ob die bestehenden Verträge, das Genfer Abkommen über Oberschlesien und der allgemeine Winderheitschutzvertrag, verletzt worden sind oder nicht. Es ist nicht seine Aufgabe, zu unterscheiden zwischen „normalen Entnationalisierungsprozessen“ und anderen Methoden.

Inflationsschwallbe in Rußland.

Kowno, 20. Dez. In der letzten Zeit hat sich in Sowjetrußland infolge der weiteren Fortführung der privaten Bauernwirtschaften, die in Kollektive umgewandelt werden, die Lebensmittelkrise weiter verschärft. Die Zufuhr von Nahrungsmitteln auf die städtischen Freimärkte ist bedeutend zurückgegangen. Die Bauern verlangen Bezahlung entweder mit Industriewaren oder mit Gold- und Silbergeld, und weigern sich, die entwerteten Fischerwangen-Roten in Zahlung zu nehmen. Auf einzelnen städtischen Märkten ist es zu Zusammenstößen zwischen Bauern und der städtischen Bevölkerung gekommen.

Militarisierung der russischen Landwirtschaft.

Kowno, 20. Dez. Die russischen Militärverbände, an der Spitze der Osoavtachim, haben der Sowjetregierung einen Entwurf für die militärische Ausrüstung der Kollektivbauernwirtschaften für den Fall eines Krieges oder Bürgerkrieges zugehen lassen. Die Kosten, die hierdurch entstehen, sollen durch die roten Militärverbände in der Sowjetunion aufgebracht werden. Die Kollektivbauernwirtschaften sollen auch Maschinengewehre erhalten. Kriegskommissar Woroschilow ist bereit, die Militärverbände in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Stuttgart, 20. Dez. Die Schlichtungskammer fällt für die gesamte württembergische Metallindustrie einen Schiedspruch, wonach von der ersten Lohnwoche im Januar ab die Tariflöhne um 5 Prozent und die Akkordlöhne um 6 Prozent herabgesetzt werden.

Rhin, 20. Dez. Der Bezirksarbeiterverband für den Stadtbezirk Rhin hat sämtliche Tarifverträge der städtischen Arbeiter und Straßenbahner, sowie die übrigen bestehenden Tarifverträge zum Zwecke der Herabsetzung der Löhne zum 31. Januar 1931 gekündigt.

Koblenz, 20. Dez. Im Regierungsbezirk Koblenz sind alle karnevalistischen Umzüge und Veranstaltungen auf den Straßen bis zum 31. März 1931 verboten worden.

Bukarest, 20. Dez. Der 18jährige Mittelschüler Dumitrescu aus Jassy versuchte heute einen Revolveranschlag auf den Chefredakteur der linksdemokratischen „Diminacia“, Sotor, der aber mißlang. Der Attentäter wurde festgenommen. Er gab an, von dem Antisemitenführer Professor Cuna und einem Abolaten Lesfir aus Jassy zur Verrichtung Sotors nach Bukarest entsandt worden zu sein.

Paris, 20. Dez. Marshall Joffre liegt seit Sonntag in Aonke. Die Kräfte des Kranken verfallen von Minute zu Minute, da eine Nahrungsaufnahme fast unmöglich geworden ist.

Madrid, 20. Dez. Das amtliche Organ des Kriegsministeriums veröffentlicht die Liste der Fliegeroffiziere, die wegen der letzten Aufstandsbewegung vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Liste umfaßt 5 Kommandanten und 21 Subalternoffiziere.

Angora, 20. Dez. Auf Grund der vom Minister des Innern an Det und Stelle vorgenommenen Untersuchung über die reaktionäre Bewegung im Bezirk Menemen wurde der Befehlshaber der Gendarmerie wegen Unfähigkeit im Dienst verhaftet, der Gouverneur aus denselben Gründen abgesetzt. In einem Dorfe des Bezirkes Menemen sind 70 Personen verhaftet worden.

New London (Connecticut), 20. Dez. Küstenwachboote beschlagnahmten den britischen Motorschoner „Eleanor Joan“, der Spirituosen im Werte von 170.000 Dollar nach den Vereinigten Staaten einschmuggeln wollte. Die elf Mann starke Besatzung wurde nach New York gebracht, wo sie abgeurteilt werden soll.